



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

**Kurt-Schumacher-Haus**  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin  
Landesgeschäftsführer:  
Sven Heinemann

**An**

Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe  
Herrn Marc Schulze und Herrn Stephan Lachmann  
GASAG AG  
EUREF-Campus 23-24  
10829 Berlin

Hotline: 030 - 4692-222  
berlin@spd.de  
Web: SPD.Berlin

Bei Rückfragen:  
gabriele.neusser@spd.de  
030-4692-150

**Per E-Mail an**

[KonzernBetriebsrat@gasag.de](mailto:KonzernBetriebsrat@gasag.de)

Berlin, 9. Februar 2023

### ***IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023***

Sehr geehrter Herr Lachmann,  
sehr geehrter Herr Schulze,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Anbei senden wir Ihnen die Antworten der SPD Berlin auf Ihre Fragen.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahl>.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen  
i.A. Gabriele Neußer

# **ZUSAMMEN BERLIN**

**1. Wie kann eine sichere Energieversorgung Berlins in Zukunft aussehen und welche Rolle spielt dabei die GASAG-Gruppe als Ganzes?**

Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, werden wir alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten. Bei den anstehenden Veränderungsprozessen muss es sozial gerecht zugehen. Wir brauchen einen Social-Green-Deal, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutralen Stadt machen. Wir achten darauf, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Wandels tragen müssen. Die SPD strebt so schnell wie möglich eine Dekarbonisierung des Stromnetzes, der Fernwärme und des Gasnetzes an. Um dafür mehr Handlungsspielräume zu bekommen, wollen wir das Fernwärmenetz in staatliche Hand überführen. Gleichzeitig soll die Rekommunalisierung des Gasnetzes angestrebt werden. Wir setzen bei der Energiewende auf die Nutzung von Wasserstoff. Dafür kommt der GASAG mit ihrer Expertise eine Schlüsselrolle zu, sie soll als Gesamtunternehmen erhalten bleiben. Die Betriebe der Daseinsvorsorge werden mit dem Ziel der Kostendeckung arbeiten, daher werden nach der Rekommunalisierung profitgetriebene Preiserhöhungen bei Wärme und Gas der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig gewinnen wir durch den staatlichen Einfluss auch Einfluss auf eine beschleunigte klimaneutrale Energieversorgung in Berlin.

**2. Wie wollen sie erreichen, dass alle Akteure der Daseinsvorsorge zukünftig abgestimmt und effizient miteinander arbeiten, um Verkehrswende und Energiewende zu bewältigen und die Berlinerinnen und Berliner dabei mitzunehmen?**

Um die Energiewende zu meistern und die Energieversorgung dauerhaft zu sichern, braucht es die koordinierte Zusammenarbeit aller Akteur\*innen im Energiesektor. Gerade die Rekommunalisierung von Wärme und Energie eröffnet Handlungsspielräume, eine sozialen und klimapolitischen Zielen verpflichtete Daseinsfürsorge zu gewährleisten. Deshalb prüfen wir Möglichkeiten, einen integrierten Betrieb der Energie-Daseinsvorsorge nach der erfolgten Rekommunalisierung der Stromnetzes und der angestrebten Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes und der GASAG zu entwickeln.

**3. Werden sie am erklärten Ziel einer Beteiligung an der GASAG-Gruppe zum Zusammenschluss mit der Vattenfall-Fernwärme festhalten?**

Vattenfall liegt das Angebot des Senats zur Übernahme der Anteile seit Januar 2023 vor. Im Falle eines positiven Bescheids ist die Übernahme der Unternehmensanteile durch das Land Berlin nach der Prüfung finanz- und energiewirtschaftlicher Aspekte unser Ziel. Bedingung hierfür ist auch eine Einigung mit den beiden weiteren Anteilseignern in klima- und energiepolitischen Fragen.

**4. Wie wollen Sie im Falle einer Beteiligung an der GASAG-Gruppe, die Sicherung der Arbeitsplätze, gute Arbeit, mit fairen Arbeitsbedingungen und tariflichen Entgelten gewährleisten?**

Bei der Rekommunalisierung der Vattenfall Wärme und der GASAG sollen alle erforderlichen institutionellen und eigentumsrechtlichen Veränderungen so gefasst werden, dass die Interessen der Arbeitnehmer\*innen gewahrt werden und die Arbeitsverhältnisse zu unveränderten Bedingungen und unter Wahrung des gesamten Besitzstandes fortgeführt werden. Unser Ziel ist es, das Fachkräftepersonal

und energiewirtschaftlichen Sachverstand für das Land Berlin zu erhalten. Basis sind die angewandten Energie-Tarifvertragswerke für den Geltungsbereich des Bundeslandes Berlin. Diese Selbstverpflichtung soll auch für die Beschäftigten zugeordneter Betriebseinheiten oder Gesellschaften, die Serviceaufgaben übernehmen, gelten. Der Erfolg der Energiewende in Berlin hängt wesentlich davon ab, dass die umfassende energiewirtschaftliche Expertise der Beschäftigten in Berlin möglichst vollständig erhalten bleibt und ausgebaut wird.

**5. Wie wollen sie die Teilhabe der Arbeitnehmenden bei den bevorstehenden Veränderungsprozessen im Berliner Energiesektor der Daseinsvorsorge sicherstellen?**

In unserem Wahlprogramm haben wir festgehalten, dass in Berufsschulen über betriebliche Mitbestimmungsrechte aufgeklärt werden soll. Dies wollen wir in den Lehrplänen verankern. Zudem muss Gewerkschaften der Zugang zu Berufsschulen vereinfacht werden. Arbeitnehmer\*innen er- arbeiten maßgeblich den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen, deshalb haben sie einen Anspruch auf Mitbestimmung. Auch Betriebsräte leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag für mehr Demokratie und Ausgleich in den Betrieben. Betriebliche Mitbestimmung ist ein wesentlicher Eckpfeiler der sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung. Mitbestimmung trägt zu einer verantwortungsbewussten und weitsichtigen Unternehmensführung bei, stabilisiert Belegschaften und den Unternehmenserfolg und trägt positiv zum erwirtschafteten Gewinn bei und zum Steueraufkommen.